

Reflexionen des Genossen Fidel

Mit beiden Füßen auf der Erde

Während in London der Gipfel der G-20 begonnen und am 2. April abgeschlossen wurde, schrieb Karen DeYoung, die bekannte Journalistin der *Washington Post*, in diesem einflussreichen Presseorgan Folgendes: „Senator Richard G. Lugar hat Präsident Obama eindringlich gebeten, einen Sonderbeauftragten zu benennen, um direkte Gespräche mit der kommunistischen Regierung der Insel zu beginnen.“

„Die knapp 50 Jahre des Wirtschaftsembargos gegen Kuba“ – sagt Lugar (Republikaner von Indiana) – stellen die Vereinigten Staaten in Widerspruch zur Meinung der anderen Länder von Lateinamerika, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen“ und „unterminieren unsere weit reichendste Sicherheit und politischen Interessen in der westlichen Hemisphäre“.

„Der Gipfel von Amerika in Trinidad y Tobago vom 17. bis zum 19. April würde eine Möglichkeit bieten, damit Sie ein gastfreundlicheres Klima aufbauen, um Fortschritte für die Interessen der Vereinigten Staaten in der Region durch eine Veränderung unserer Haltung bezüglich Kuba zu machen.“

„Lugar, der prominenteste der Republikaner des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Senats, - so Karen DeYoung – gehört zur Avantgarde einer breiten, sich für eine neue Politik einsetzenden Bewegung, welche die Handelskammer der USA, andere Unternehmensgruppen, eine Anzahl von Bundesstaaten-Regierungen und Menschenrechtsgruppen einschließt. Eine Zweiparteien-Mehrheit des Kongresses hat zu Zeiten der Bush-Regierung mehrfach dafür gestimmt, die Beschränkungen bezüglich Reisen und anderer Kontakte zu Kuba zu lockern, und das trotz gescheiterter Maßnahmen nachdem mit dem Veto seitens des Präsidenten gedroht worden war“.

„Lugar ist einer der Schirmherren eines diese Woche im Senat eingebrachten Zweiparteien-Gesetzentwurfes, welches alle Reisebeschränkungen nach Kuba aufheben wird, ausgenommen im Kriegsfall bzw. bei Gefahr für die Gesundheit und die Sicherheit“.

„Lugar erklärte, dass die Ernennung eines Beauftragten und der Beginn von direkten Gesprächen über solche Themen wie Migration und Rauschgifthandel 'den vitalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten dienlich sein würde'... und, wenn keine andere Wahl bleiben würde, die Voraussetzungen für eine bezeichnende Debatte von strittigeren Themen schaffen könnte.“

Der Artikel von Karen lässt keine Zweifel darüber aufkommen, dass der Senator von Indiana mit beiden Füßen fest auf der Erde steht. Er geht nicht von philanthropischen Haltungen aus. Er arbeitet, wie sie es zum Ausdruck bringt, mit

„der Handelskammer der USA und anderen Unternehmensgruppen, anderen Bundesstaaten-Regierungen und Menschenrechtsgruppen“.

Ich bin sicher, dass Richard G. Lugar sich nicht vor dem Unfug fürchtet, als weich bzw. Sozialismus-freundlich bezeichnet zu werden.

Wenn Präsident Barack Obama bei seiner Reise durch die Welt behauptet, - wie er es in seinem eigenen Land getan hat - dass es notwendig ist, die erforderlichen Summen zu investieren, um aus der Finanzkrise herauszukommen; die Wohnungen abzusichern, in denen unzählige Familien leben; den US-amerikanischen arbeitenden Menschen, die zu Millionen ihre Beschäftigung verlieren, diese zu garantieren; allen Bürgern die Dienstleistungen des Gesundheitswesens und einer hochwertigen Bildung zur Verfügung zu stellen, - wie kann er das mit den Blockademaßnahmen vereinbaren, um einem Land wie Kuba seinen Willen aufzuzwingen?

Die Drogen stellen heutzutage eines der schwerwiegendsten Probleme dieser Hemisphäre und von Europa dar. Die lateinamerikanischen Länder verzeichnen pro Jahr schon Verluste von knapp zehntausend Mann – mehr als das Doppelte der Verluste der Vereinigten Staaten im Krieg von Irak – im Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen, die durch den enormen Markt der Vereinigten Staaten stimuliert werden. Diese Zahl nimmt zu und das Problem ist weit davon entfernt, gelöst zu werden.

Jene Erscheinung existiert in Kuba, geographisch nahe gelegener Nachbar der Vereinigten Staaten, nicht. In diesem dornigen Thema und im Kampf gegen die illegale Auswanderung haben die US-amerikanische und kubanische Küstenwache über viele Jahre zusammengearbeitet. Andererseits ist kein US-Amerikaner infolge von Terror-Handlungen seitens unseres Landes zu Tode gekommen, weil das Handlungen sind, die nicht geduldet würden.

Die kubanische Revolution, die nicht durch die Blockade und die schmutzigen Machenschaften zerstört werden konnte, ist auf ethische und politische Prinzipien gegründet; deshalb konnte sie standhalten.

Ich beabsichtige nicht, das Thema zu erschöpfen. Weit davon entfernt, habe ich bei dieser Reflexion den unserem Land durch die arrogante Haltung der Vereinigten Staaten gegen Kuba zugefügten Schaden ausgelassen.

Diejenigen, die in der Lage sind, die Ereignisse gelassen zu analysieren, wie es beim Senator von Indiana der Fall ist, verwenden ein unwiderlegbares Argument: die Maßnahmen der Vereinigten Staaten gegen Kuba über knapp ein halbes Jahrhundert stellen einen vollkommenen Misserfolg dar.

Es ist nicht notwendig, das zu unterstreichen, was Kuba immer gesagt hat: wir haben keine Angst vor dem Dialog mit den Vereinigten Staaten. Wir brauchen ebenfalls nicht die Konfrontation für unseren Bestand, wie manche Törichte

denken. Wir existieren gerade deshalb, weil wir an unsere Ideen glauben und niemals Angst davor hatten, mit unseren Gegnern zu sprechen. Das ist die einzige Art und Weise, die Freundschaft und den Frieden zwischen den Völkern abzusichern.

Fidel Castro Ruz
5. April 2009
13:04 Uhr